

Nr. **XIX. GP.-NR**
1299 18
1995 -06- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Kier, Peter und Partner/innen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Gemeinschaftsinitiative ADAPT

Auf Veranlassung von Kommissar Padraig Flynn hat die europäische Kommission die Finanzierung von vierzehn operationellen Programmen im Rahmen der neuen Gemeinschaftsinitiative ADAPT genehmigt. Diese Programme - es geht um die Anpassung der Arbeitskräfte an den industriellen Wandel - erfassen die Zeitraum 1995 - 1999 und erhalten die Beteiligung des Europäischen Sozialfonds in Höhe von über 1,4 Milliarden ECU. Alle Mitgliedstaaten - mit Ausnahme der neuen Mitgliedsstaaten Finnland, Schweden und Österreich - sind davon betroffen, für die drei letztgenannten Staaten ist lt. des Informationsmediums "EUROPE" eine Verabschiedung - wahrscheinlich - im September geplant. Aufgrund der Bedeutung dieser Initiative - lt. Padraig Flynn sind bis Ende unseres Jahrhunderts 80% unserer Produktionstechnologie überholt - stellt sich die Frage, warum Österreichs Programme erst im September verabschiedet werden sollen, wiewohl Sozialminister Hums in einer Presseaussendung vom 21.4 erklärte: "Das Förderprogramm für den Europäischen Sozialfonds steht. Maßnahmen und Budgetierung sind ausgearbeitet und werden am Anfang der nächsten Woche der Kommission in Brüssel vorgelegt."

Auch hat sich die Europäische Kommission bereits im Sommer 1994 im Zuge einer Reform der Gemeinschaftsinitiativen auf die Fortführung bzw. Neueinrichtung von 13 Initiativen festgelegt; ADAPT stellte dabei eine der zentralen, fast ausschließlich aus dem ESF finanzierten Gemeinschaftsinitiativen dar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Da ADAPT auf EU Ebene von der Generaldirektion V , auf nationaler Ebene aber von Ihrem Ministerium, bzw. vom Arbeitsmarktservice verwaltet und umgesetzt werden soll, warum werden die österreichischen Programme dann "wahrscheinlich" erst im September verabschiedet?
2. Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die österreichischen Programme wenigstens im September tatsächlich verabschiedet werden.
3. Wie begründen Sie den verspäteten Einstieg in die Gemeinschaftsinitiative ADAPT?
4. In welcher Weise, bzw mittels welcher konkreten Projekte wird die Anpassung der Arbeitskräfte an den industriellen Wandel derzeit erreicht, bzw. welche konkreten Projekte planen Sie um dieses Ziel zu erreichen?

5. Wie unterscheidet sich die Gemeinschaftsinitiative ADAPT von den von Ihnen geplanten Projekten
6. Wie hoch wird die Beteiligung des Sozialfonds für das Programm in Österreich sein?
7. Wie hoch wird die Anzahl der Teilnehmer an diesem Programm voraussichtlich sein?
8. Da mittels dieser Initiative vier miteinander verbundene Ziele, - nämlich a.) Förderung der Anpassung der Arbeitskräfte auf den industriellen Wandel; b.) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der Dienstleistungen und des Handels; c.) Verbesserung der Qualifikationen und Steigerung der Flexibilität und Mobilität, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und d.) Vorausplanung und Beschleunigung der Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Aktivitäten, insbesondere in den KMU - verfolgt werden, innerhalb welcher Ziele der EU-Strukturpolitik kommt das Instrument ADAPT zur Anwendung?

*"EUROPE" - Nr. 6488 (N. S.)**BÜRO DER
BUNDESREGIERUNG
- 14.-**BUU431401107059**Pg. 02/04**Donnerstag, 25. Mai 1995*

(EU) UNION/REGIONAL: SOZIALEFONDS FINANZIERT 14 PROGRAMME ZUR ANPASSUNG VON ARBEITSKRÄFTEN FÜR ÜBER 1,4 MILLIARDEN ECU (PROGRAMME "ADAPT")

Brüssel, 24.05.1995 (Agence Europe) - Auf Veranlassung von Kommissar Padraig Flynn hat die Europäische Kommission die Finanzierung von vierzehn Operationellen Programmen im Rahmen der neuen Gemeinschaftsinitiative Adapt genehmigt (Anpassung der Arbeitskräfte auf den industriellen Wandel). Diese Programme erfassen den Zeitraum 1995-99 und erhalten die Beteiligung des Europäischen Sozialfonds in Höhe von über 1,4 Milliarden Ecu. Alle Mitgliedstaaten sind davon betroffen, außer Österreich, Schweden und Finnland, deren Programme wahrscheinlich im September verabschiedet werden. *Anfrage!*

Während die europäische Industrie mit neuen Produktions- und Arbeitsmethoden konfrontiert ist, zielt die Adapt-Initiative darauf ab, eine aktive Vorgehensweise zu fördern und die Flexibilität der Arbeitskräfte durch das Vorausplanen des Bedarfs an neuen Kompetenzen und Qualifikationen zu verbessern. Sie ist für Arbeitnehmer bestimmt, die Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz aufgrund der industriellen Umwälzungen zu verlieren und jene, denen aufgrund bevorstehender Umstrukturierungen gekündigt wurde oder die zeitweise arbeitslos sind. Knapp 600.000 Personen kommt diese Initiative zugute.

Die Beteiligung des Sozialfonds und die Anzahl der Teilnehmer pro Land sehen wie folgt aus:
 Deutschland, 228,8 Mecu, 49.523 Personen; - Belgien (Flandern), 14,96 Mecu, 2.700 Personen; - Belgien (französisch- und deutschsprachige Regionen), 16,24 Mecu, 741 Personen; - Dänemark, 29,5 Mecu, 2.100 Personen; - Spanien, 256,4 Mecu, 85.865 Personen; - Frankreich, 226,37 Mecu (über 23,33 Mecu des Europäischen Entwicklungsfonds), 83.601 Personen; - Griechenland, 30,1 Mecu, 25.100 Personen; - Irland, 21,2 Mecu, 8.100 Personen; - Italien, 190 Mecu, 25.160 Personen; - Luxemburg, 0,3 Mecu, 125 Personen; - Niederlande, 57,55 Mecu, 124.000 Personen; - Portugal, 21 Mecu, 7.100 Personen; - UK (Großbritannien), 283,5 Mecu, 169.000 Personen; - UK (Nordirland), 3,1 Mecu, 340 Personen.

Kommissar Flynn betonte die Bedeutung dieser neuen Initiative: "Rund 80 % unserer aktuellen Produktionstechnologie ist bis Ende des Jahrhunderts überholt, während 80 % der Personen, die die neuen Technologien verwenden, schon eine Beschäftigung haben. Wir müssen die Herausforderung annehmen, die von den neuen Technologien gestellt wird, und die Programme Adapt werden uns hierbei helfen", erklärte er.

Vier miteinander verbundene Ziele werden verfolgt: a) Förderung der Anpassung der Arbeitskräfte auf den industriellen Wandel; b) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der Dienstleistungen und des Handels; c) Verbesserung der Qualifikationen und Steigerung der Flexibilität und Mobilität, um Arbeitslosigkeit zu verhindern; d) Vorausplanung und Beschleunigung der Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Aktivitäten, insbesondere in den KMU.

Zur Erreichung dieser Ziele müssen die Projekte transnational und innovativ sein, damit die daraus gewonnenen Erfahrungen in den verschiedenen Ländern der EU umgesetzt und in andere Programme oder nationale Politiken integriert werden können. Die Lancierung der Projekte findet im November statt.

(EU) UNION/UNTERNEHMEN: VERBESSERUNG UND DIVERSIFIZIERUNG DER KMU-FINANZIERUNG NOTWENDIG, INSbesondere ÜBER MEHR WETTBEWERB DER BANKEN, SO UNICE

Brüssel, 24.05.1995 (Agence Europe) - Anlässlich der dritten Jahrestagung über kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hat die Union der Industrien der Europäischen Gemeinschaft (UNICE) für eine größere Liberalisierung des Banksektors plädiert, damit die KMU davon bei ihrer Finanzierung profitieren können. "Der Wettbewerb der Banken muß nachdrücklich gefördert werden, um die Finanzierungsmöglichkeiten für die kleinen und mittleren Unternehmen zu öffnen und auszubauen. Die KMU stehen im Zentrum der Wirtschaftstätigkeit in Europa. Wenn wir eine klarere Zukunft wollen, müssen heute schon gewaltige Anstrengungen unternommen werden, damit die KMU in der Lage sind, die Informationen und Mittel zu erhalten, derer sie für ihre Entwicklung und Stärkung brauchen. Sicherlich ist die Finanzierung ein zentrales Problem für jedes Unternehmen, doch die KMU haben mehr Schwierigkeiten als die Großunternehmen bei der Erlangung des notwendigen Kapitals", erklärte der Generalsekretär der UNICE Tyszkiewicz.

Die Banken sind die erste Finanzquelle, auf die die KMU zurückgreifen; daher hält die UNICE folgendes für prioritär: - Förderung des Wettbewerbs der Banken; - Verbesserung der Kommunikation und Information der Banken und KMU; - Errichtung von leistungsfähigen Garantiesystemen; - Förderung der Bildung von Eigenmitteln.

Die UNICE wird bald einen Bericht über die Finanzierungsmethoden der KMU verfassen; sie will auch einen positiven Beitrag zu den künftigen Arbeiten der Europäischen Kommission im Hinblick auf die KMU leisten, insbesondere in Hinsicht auf das "Forum über die flankierenden Maßnahmen für die Gründung und